

Streik in Zeiten der Pandemie – Wie können wir es wagen!?

Der Wahlkampf für die Bundestagswahl im September läuft auf Hochtouren, strahlende Gesichter hängen an den Laternen und versprechen alles Mögliche, egal ob SPD, CDU, Linkspartei oder die Grünen: bezahlbarer Wohnraum, Bekämpfung der Altersarmut, Klimaschutz, bessere öffentliche Daseinsvorsorge. Doch genau diese Parteien haben einen maßgeblichen Anteil an den Verschlechterungen der Arbeits- und Lebensbedingungen – durch die Privatisierungen von Krankenhäusern oder Wohnungen, den Sparzwang im Öffentlichen Dienst oder Hartz IV. Und trotz aller Wahlversprechen zeigen sie deutlich, was sie von den Streiks und Kämpfen der Kolleg:innen halten, die die Konsequenzen ihrer Politik nicht mehr hinnehmen wollen.

Denn genau diese Politiker:innen die im Wahlkampf mehr soziale Gerechtigkeit versprechen, wettern gegen den Bahnstreik, verweigern bessere Löhne bei den Berliner Krankenhäusern und akzeptieren, dass beim Berliner Krankenhausverbund Vivantes (ein landeseigener Betrieb unter rot-rot-grün!) ein 2-tägiger Warnstreik Anfang Juli gerichtlich untersagt wurde.

Pflegemangel – kein „Coronaproblem“

Der Fachkräftemangel im Gesundheitsbereich war schon lange vor Corona ein Problem, nur ohne Medienrummel und Geklatsche von den Balkonen. An der Berliner Charité z. B. gehen die Kolleg:innen schon seit 2014 immer wieder auf die Straßen und streiken für mehr Personal. Auch letzten Herbst in der Tarifrunde für den Öffentlichen Dienst (TVÖD) haben sie mit hunderttausend anderen gestreikt. Dieses Jahr sollen die Kämpfe der landeseigenen Klinikkonzerne Vivantes und Charité, sowie der Töchter von Vivantes in Berlin vereint werden unter dem Motto „Berliner Krankenhausbewegung – Mehr Personal und TVÖD für Alle“. Seit Wochen gehen verschiedene Bereiche in den Warnstreik, Ende August soll richtig und zusammen gestreikt werden. Und dagegen machen die Klinikleitungen Stimmung: Egal ob Corona oder nicht, immer wieder wird Pflegekräften vorgeworfen, mit ihren Streiks das Wohl der Patient:innen zu gefährden. Dabei ist spätestens mit der Pandemie klar, dass schon der Normalbetrieb auf Station (lebens-)gefährlich ist.

Alle Züge stehen still...

Auch die Bahner:innen, die zwei Tage gestreikt haben, sehen sich einer wütenden Meute aus Bahnmanagern, Politiker:innen und Wirtschaftsvertretern gegenüber, die seit Tagen in den Medien ihren großen Auftritt haben. Man könnte meinen, die Streikenden verlangen 10 % mehr Geld, mindestens aber 90.000 Euro mehr im Jahr – was die Gehaltsforderung des Bahnchefs Lutz

letztes Jahr war ... Nein, aktuell liegt eine ziemlich zahme Forderung der Gewerkschaft GDL auf dem Tisch: 1,4 % für dieses Jahr und 1,8 % im nächsten sowie 600 Euro Corona-Prämie. Das ist das, was im Öffentlichen Dienst letztes Jahr rauskam. Die DB will stattdessen dieses Jahr eine Nullrunde und dazu eine Kürzung bei der betrieblichen Mini-Altersversorgung.

Die Bahner:innen sind die ganze Zeit auch unter Corona gefahren und haben gearbeitet. Eine Corona-Prämie ist mehr als gerechtfertigt. Angesichts der Inflation wäre eine viel höhere Lohnerhöhung nötig, damit nicht gleich alles von den Preissteigerungen aufgeessen wird. Bahner:innen sind nicht privilegiert, wie die Bahnchefs und ihre Helfer:innen in Politik und Wirtschaft es gerne darstellen. Wechselschichten zu unmöglichen Zeiten, hohe Verantwortung, das macht die Arbeit aus.

Viele Arbeitende kennen solche stressigen Bedingungen. Sie kennen auch die Arroganz der Chefs, die ständig einen „Beitrag“ zur Wirtschaftlichkeit des Unternehmens fordern. Der Streik ist genauso nötig und gerecht wie bei den Beschäftigten in den Krankenhäusern oder anderswo. Daher auch die wütenden Kommentare in der Presse gegen Streiks, um die Solidarität der Beschäftigten unter-einander zu verhindern. Aber das werden sie nicht schaffen.

Ja, wir wagen es!

Deshalb sollte es selbstverständlich sein, auch in der Pandemie zu streiken. Es geht letztendlich auch um die Interessen aller Beschäftigten in allen Branchen: Wenn einzelne Bereiche oder Berufsgruppen den Kopf erheben und in aller Öffentlichkeit zeigen, dass sie sich nicht für dumm verkaufen lassen und nicht bereit sind, die Kosten für die Corona-Pandemie zu zahlen; wenn sie sich durchsetzen mit ihren Forderungen nach besseren Arbeitsbedingungen und Löhnen, dann ist das eine Ermutigung für alle anderen Arbeitenden. Und das kann wirklich einen Unterschied machen!

Was „hochrangig“ bedeutet...

Wird Osram das „Lighthouse“ in München 2023 verlassen? Der 84m hohe Turm kostet Geld, und Ams... will sparen. Das Management von Osram könnte also den schönen Blick auf die Umgebung verlieren und von der 23. Etage in einen sechsstöckigen Nebentrakt verlagert werden.

Dass Ams keine Interesse hat, die Prestigestelle in München zu behalten, ist durchaus verständlich.

In Wien gibt's zahlreiche über 100m hohe Gebäude. Vielleicht versucht Ams bereits dort etwas zu mieten?

Osram gestern, Ams heute: großkotzig auftreten ist eine Pflichtaufgabe aller Großunternehmen.

Wer's glaubt wird selig!

Der Neubau (wo letztes Jahr u.a. Ledvance war) und das Glaswerk sollen im September geräumt werden. Dafür hat der Investmentmanager AVENTOS große Pläne für den Standort. Der lokale Vertreter von Osram (unser lieber Rebafka) kommt nach, labert über die „fast 100 Jahre alte Industriegeschichte“, und dreht das Ding so rum, dass es angeblich „verantwortungsvoll weiterentwickelt werden kann“... Der „Development Partner“ bei AVENTOS übernimmt die Rolle des gute-Nachrichten-Verkünders und erwähnt „zahlreiche neue Arbeitsplätze“!

Sesam, öffne dich!

Osrams Standort soll ein „urbaner nachhaltiger konzipierter Gewerbestandort für ein breites Nutzerspektrum“ werden. Auf Deutsch: AVENTOS will für die neuen Eigentümer („eine Gruppe privater Investoren“) Miete kassieren. Die Eigentümer rechnen mit Rendite, ihrem einzigen Interesse. Daher wird zur Zeit unter reichlicher Zuhilfenahme von Werbung in einem bestimmten Milieu versucht, Vermieter zu finden.

Wer könnte das werden? Auf jeden Fall hat das ganze nichts mit unserer Zukunft zu tun.

Glaswerk denkmalgeschützt, und wir ;-)

Mehrere Generationen von Arbeiter:innen haben Tag und Nacht im Glaswerk die Gewinne der Aktionär:innen von Siemens, Osram und zuletzt Ams gesichert.

Denkmalschutz, warum nicht? Was aber den Schutz unserer Zukunft angeht, dafür wird weder der Staat noch das Unternehmen etwas tun, sondern wir selbst.

Einen guten Platz für jede:n!

Was mit den Kolleg:innen von Neubau und Glaswerk passieren wird, bleibt bis jetzt unklar. Der Berliner Standort ist groß, im Lampenwerk werden neue Schichten gemacht: keine und keiner

von euch darf durch die Umstrukturierung eine schlechtere Stelle bekommen! Diejenigen, die ihre Schichtzuschläge oder ihre ERA-Stufe behalten wollen, sollen es können! Die kommende Umstrukturierung ist nicht die erste und wird nicht die letzte sein, wir sind alle betroffen!

„Schufte und bleib gesund!“

Die Leiharbeiter bekommen von Osram – so wie in vielen Großunternehmen – eine Ergänzung zum bescheidenen Lohn der Leiharbeitsfirma, sodass ihr Gehalt korrekt wird.

Werden sie aber krank, dann hört Osram auf zu bezahlen! So sind sie nicht nur durch Leiharbeit ungesichert, sondern auch im Krankheitsfall doppelt bestraft!

Prekariat darf nicht die Normalität werden!

Wegen der seit Monaten fehlenden Arbeitskräfte hat Osram angefangen Leute einzustellen. Einstellen oder – warte mal – „über unsere Zeitarbeitspartner“! Es handelt sich also um Leute, die nicht nur 6 Monate Probezeit machen werden, sondern vielleicht ein oder zwei Jahre auf die feste Stelle warten werden.

Mit dem Köder der „späteren Übernahme“ versucht Osram, das Angebot an Bewerbern zu erhöhen, weil sie dann unter den besten Fachkräften die billigsten aushandeln wollen. Diese Kollegen stehen unter Druck und Osram hofft, durch diese Kettenverträge die Produktivität hoch zu halten und die Unzufriedenen schneller auswechseln zu können.

Wir haben nur eine Erde!

Hochwasser in Westdeutschland, Waldbrände in der Türkei: diesen Sommer klopft der Klimawandel an die Tür. Drastische Maßnahmen, um den CO2-Ausstoß zu reduzieren, müssen schnell kommen! Vor allem die reiche deutsche Industrie wäre in der Pflicht, eine scharfe Energiewende zu unternehmen. Nicht auf unsere Kosten und nicht auf Kosten unserer Arbeitsplätze! Heute mehr als je zuvor wäre es Selbstmord, den Profitgeiern hinterher zu rennen und „die Industrie“ zu verteidigen. Die hoch-rentable Autoindustrie muss schrumpfen und die Industrie der erneuerbaren Energien - auch wenn sie nicht rentabel sind - muss mittels tausender neuer Arbeitsplätze schnell entstehen!

Die deutsche Industrie hat Kapital im Überfluss. Aber um gegen die höchsten Gewinnmargen und für den Wohlstand von allen zu steuern, muss eine Revolution stattfinden. Und die wird nur unter einem inneren Druck kommen können: dem Druck von uns Arbeiter:innen in den Betrieben.

Wenn Dir das Flugblatt gefällt, gib es doch an Kolleginnen und Kollegen weiter... flugblatt_osram@gmx.de
<https://www.sozialismus.click/category/aus-den-betrieben/osram/>